

Krisenhatte Vorkänge im Parlament.

Zusage der Errichtung eines Kreisgerichtes in Trautenau und czechische Obstruktionsdrohungen.

Wien, 7. Februar.

Die Verhandlungen über das Budget haben seit heute eine Erschwerung erfahren. Bereits gestern abend wurde in Abgeordnetenkreisen bekannt, daß die Regierung die Absicht habe, dem Wunsche der Deutschen nach Errichtung eines Kreisgerichtes in Trautenau in der nächsten Zeit Folge zu leisten. Daraufhin begab sich der Führer des Czechischen Klubs Abgeordneter Stanek noch im Laufe des gestrigen Abends zum Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, um ihn zu fragen, ob diese Nachricht auf Wahrheit beruhe. Nach den Äußerungen des Abgeordneten Stanek habe der Ministerpräsident diese Absicht offen zugegeben und erklärt, daß die Regierung bereit sei, wenn die Czechen Wünsche haben, sie in Berücksichtigung zu ziehen, daß die Czechen aber bisher keine derartigen Wünsche geäußert hätten.

Die Nachricht von dieser Antwort des Ministerpräsidenten hatte sich heute vormittag lange vor Beginn der Plenarsitzung im Hause verbreitet. Als die czechischen Abgeordneten von ihrem Obmann informiert worden waren, erklärten sie, die weitere Beratung des Budgets unter allen Umständen, wenn es notwendig sein sollte, auch mit Gewalt, verhindern zu wollen.

Von deutschböhmischer Seite wird erklärt, daß die Errichtung eines Kreisgerichtes in Trautenau nur ein Teil jener Forderungen sei, die die Deutschen vor wenigen Tagen dem Ministerpräsidenten übermittelt haben. Es sei richtig, daß ihnen der Ministerpräsident die Zusage bezüglich des Kreisgerichtes in Trautenau gemacht habe und nur die Erfüllung dieses Wunsches sei die Voraussetzung dafür, daß sie für das Budget stimmen werden. In seiner Zusage beruft sich der Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler darauf, daß im Jahre 1899 vom böhmischen Landtag in der Frage der Errichtung eines Kreisgerichtes in Trautenau ein Gutachten erstattet wurde, in welchem der Errichtung unter der Voraussetzung zugestimmt wird, daß die Gerichtsbezirke Eipel und Politz dem Kreisgerichte Trautenau einverleibt werden. Wie nun verlautet, ist in der Zusage des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler an die deutschböhmischen Abgeordneten die Ausscheidung der genannten Gerichtsbezirke vorgesehen.

Die Haltung der Südslawen.

Der Obmann des czechischen Klubs Abgeordneter Stanek setzte sich sofort mit den südslawischen Abgeordneten in Verbindung. Es scheint jedoch, daß bei diesen keine Geneigtheit besteht, eine gewalttätige Taktik der Czechen, welche die Sprengung des Parlaments bezweckt, mitzumachen. Zumindest verlautete in den Mittagsstunden, daß der Abgeordnete Koroschec eine Vermittlungsaktion eingeleitet habe, wonach die Budgetberatung vorläufig unterbrochen und der Weg für Veränderungen freigehalten werden soll. Auch auf Seiten der deutschen Sozialdemokratie besteht das Bemühen, das Parlament unter allen Umständen zu erhalten.

Der Polenklub für ein Budgetprovisorium.

Es steute sich aber im Laufe des Vormittags heraus, daß auch, abgesehen von dem Zwischenfalle, der durch die Absicht der Regierung, das Trautenauer Kreisgericht zu errichten, hervorgerufen wurde, noch andere Schwierigkeiten der glatten Erledigung des Budgets entgegenstehen. Die parlamentarische Kommission des Polenklubs hat offenbar unter dem Eindrucke der Berichte aus Lemberg und unter dem Drucke der Allpolen und der polnischen Volkspartei beschlossen, für ein zweimonatiges Budgetprovisorium einzutreten. Der Verlauf der Sitzung der parlamentarischen Kommission läßt darauf schließen, daß die Polen, falls die Regierung auf der Forderung des ordentlichen Budgets bestehen sollte, nicht für das Budget stimmen werden. Der Beschluß der parlamentarischen Kommission wird in der mittags stattfindenden Vollversammlung des Polenklubs unbreitet werden. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß bei der gegenwärtigen Stimmung auch die anderen polnischen Gruppen diesem Beschlusse beitreten werden.

Die parlamentarische Kommission des Polenklubs hat heute mittag eine anderthalbstündige Beratung abgehalten, in der zwar ein formeller Beschluß über einen der Vollversammlung vorzulegenden Antrag nicht gefaßt wurde, in der aber in der überwiegenden Mehrheit die Stimmung gegen das Eingehen in die Spezialdebatte über das Budget war. Die Entscheidung wird in der um 2 Uhr nachmittags beginnenden Vollversammlung fallen. Voraussichtlich wird der Beschluß gefaßt werden, nur ein Budgetprovisorium zu bewilligen. Bezüglich der Dauer dieses Provisoriums herrschen in den einzelnen Gruppen des Klubs Anschauungen, die zwischen ein und zwei Monaten variieren.

Forderungen der Christlichsozialen und Ruthenen.

Ferner wurde bekannt, daß im Laufe der gestrigen Laacs auch von christlichsozialer Seite

Schwierigkeiten bereitet wurden. Speziell die Tiroler Gruppe stellte eine Reihe wirtschaftlicher Forderungen an die Regierung, darunter die Forderung nach einer Erhöhung der Fleischpreise in Tirol, von deren Bewilligung sie die Abgabe ihrer Stimmen für das Budget abhängig machen. Im Laufe des heutigen Vormittags schienen die Veränderungen mit den Christlichsozialen so weit geführt zu haben, daß die Christlichsoziale Vereinigung für das Eingehen in die Spezialdebatte stimmen wird. Es ist aber vorläufig unsicher, wie sie sich bei der Abstimmung über die einzelnen Kapitel des Staatsvoranschlages verhalten wird.

Schließlich sind auch die Veränderungen mit den Ruthenen ins Stocken geraten. In den Vordergrund wurden von ruthenischer Seite die in Ostgalizien durchgeführten Requisitionen gestellt.

Ministerrat.

Die parlamentarischen Kreise halten es unter dem Eindruck dieser Nachrichten für fraglich, ob das Budget im Plenum des Abgeordnetenhauses erledigt werden kann. Um 11 Uhr vormittags trat im Hause unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten ein Ministerrat zusammen, in welchem über die Situation beraten wurde. Die Budgetdebatte wird unter allgemeiner Teilnahmslosigkeit im Saal vorläufig eingestellt. Man wartet auf den Beschluß des Ministerrates. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß wahrscheinlich eine Unterbrechung der Budgetberatung eintreten und die Regierung sich entschließen wird, doch noch ein Budgetprovisorium einzubringen. Unter allen Umständen dürfte heute die Abstimmung über das Eingehen in die Spezialdebatte erfolgen.

Der Ministerrat wurde um 1 Uhr unterbrochen. Ministerpräsident Dr. v. Seidler und Finanzminister Freiherr v. Wimmer begaben sich zum Präsidenten Dr. Groß, mit dem sie konferierten. Nach dieser Besprechung, die eine Viertelstunde währte und den weiteren Verlauf der heutigen Sitzung betroffen haben soll, wurde der Ministerrat fortgesetzt.